

Landtagswahl in Bayern 2013, Teil 4

Die Landesbank-Katastrophe hängt der CSU wie ein Mühlstein um den Hals

Der Preis für das Debakel ist noch nicht bezahlt. Die Frage ist, *wer* ihn zahlt und *wann* er gezahlt werden muss

Beim Desaster der CSU 2008 kam viel zusammen, es hätte aber noch schlimmer werden können...¹

Mit der Hypo Alpe Adria kam ein neuer Alptraum für die BayernLB hinzu.....⁶

Beim Desaster der CSU 2008 kam viel zusammen, es hätte aber noch schlimmer werden können

Im Dezember 2008, also zwei Monate nach der Landtagswahl, musste sich die Landesregierung dem Landesbank-Desaster offen stellen. Das Milliardendebakel bei der Landesbank traf den Freistaat in der allgemeinen Krise mit voller Wucht. Ein Zusammenbruch der Landesbank, einer der größten Banken Deutschlands, stand unmittelbar bevor. Die Opposition warf der Staatsregierung vor, den Landtag in einer Art Salamtaktik hinzuhalten. Der Augsburger CSU-Funktionär Rolf von Hohenau stellte in seiner Eigenschaft als Präsident des bayerischen Steuerzahlerbundes Strafantrag gegen den Vorstand der BayernLB. Die Freien Wähler forderten Neuwahlen, da das Land sich in einer „Staatskrise“ befinde. Franz Maget, Fraktionsvorsitzender der SPD im Landtag, sagte bei der Regierungserklärung Seehofers: Wäre das ganze Ausmaß des Debakels schon vor dem Wahltag bekannt gewesen, „hätte die CSU keine neue Staatsregierung bilden können“.¹ Uli Bachmeier, Bayernkorrespondent der Augsburger Allgemeinen, titelte in einem Artikel über die Regierungserklärung Seehofers im Landtag „Für die CSU ein Tag des Jammers und der Demut“. Die Landesregierung griff zu einer Radikalkur, die zunächst über 5000 Beschäftigten die Arbeitsplätze kostete und die Sparkassen, die bisher gleichberechtigte Eigentümer der Landesbank waren, herausdrängten, also faktisch enteigneten.

Uli Bachmeier schrieb in einem Leitartikel der Augsburger Allgemeinen:

Bayern rettet seine krisengeschüttelte Landesbank alleine. Mir san mir – koste es, was es wolle. So will es die Staatsregierung. Ob das gut geht? Niemand weiß es wirklich, weil auch niemand weiß, wie sich die internationale Finanzkrise weiter entwickelt und welche Abgründe sich in den Büchern der Bank noch auftun. ...

Die erste Rechnung für die Fehler der Vergangenheit wurde gestern den Mitarbeitern und den bayerischen Steuerzahlern präsentiert. Arbeitsplätze fallen weg, die Staatsverschuldung steigt, Bayerns Reserven für schlechte Zeiten gehen dahin, bevor die Zeiten wirklich schlecht sind.

¹ Nach Augsburger Allgemeine, 4.12.2008



Bernd Kränzle mit Wählerauftrag: „Niemand hat das Recht zu gehorchen“ - Aufkleber mit dem Motto des diesjährigen Augsburger Friedensfestes. Nachdem Fraktionschef Schmid seinen Hut nehmen musste, muss Kränzle ihm wenigstens nicht mehr gehorchen. Aber da besteht sowieso keine Gefahr mehr, dass Befehle kommen, denn Georg Schmid „will in Zukunft nichts mehr sagen“ (AZ online 3.7.2013). Aber bei Seehofer wird Kränzle wohl kaum durchkommen mit dem Motto. Ist er deshalb vor lauter Angst bereits umgefallen?

Noch völlig offen ist obendrein, wie sich die Landesbank künftig auf dem Markt verhält. Der Jubel des Präsidenten des Sparkassenverbandes darüber, dass die Sparkassen aus ihrer Verantwortung entlassen wurden, ist im ersten Moment verständlich. Die Sparkassen, die im Verwaltungsrat der Landesbank die Fehlentscheidungen der Vergangenheit mitgetragen haben, kommen erst einmal ungeschoren davon.

Gleichzeitig aber haben sie künftig in der Landesbank auch nichts mehr mitzureden.²

Walter Roller legte zwei Tage danach in einem Leitartikel der Augsburger Allgemeinen nach. Die LB-Katastrophe hänge der CSU wie ein Mühlstein am Hals. Die CSU trage die politische Verantwortung für das Debakel, denn sie habe das Sagen in der Landesbank gehabt und zugesehen wie die LB Milliarden verzoockt habe. Walter Roller vermerkte auch, dass die Öffentlichkeit bis zum Wahltag mit geschönten Informationen bedient worden sei. Auch gebe es keine Gewähr dafür, dass der schwarz-gelbe Rettungsplan greife. Das Geld für die Zinsen werde über kurz oder lang anderswo fehlen und die Folgen für die Investitionskraft Bayerns

² Augsburger Allgemeine 2.12.2008

würden nachhaltig sein. Der Ertrag der sogenannten Sparpolitik Stoibers sei jedenfalls im Casino des Kapitalismus verspielt worden:

Die Regierung Seehofer/Zeil tritt mit einer gewaltigen Hypothek an, deren wahres Ausmaß die bisher bekannten riesigen Verluste noch übertreffen könnte. Man wird die Koalition - und vor allem die CSU - eines Tages daran messen, ob ihr die Rettung der LB zu für den Steuerzahler und das Land halbwegs erträglichen Bedingungen gelungen ist.

Seehofer hat die bayerische Bühne als ein Mann des „Neuanfangs“ betreten, der die Lehren der Wahlniederlage beherzigt und reinen Tisch macht. Er weiß, dass die LB-Katastrophe der CSU wie ein Mühlstein am Hals hängt. Also zieht er den Trennungsstrich zur Ära Stoiber, den die gescheiterten Stoiber-Erben Beckstein und Huber versäumt haben, und gibt die Fehler der CSU-Vorgängerregierungen unumwunden zu – mitsamt einer formellen, an die Adresse der ganzen Bevölkerung gerichteten Entschuldigung. Das ist ein ungewöhnlicher Schritt, der das Vertrauen in den versprochenen Neubeginn stärken soll. So wichtig diese Geste ist, so ändern sie doch nichts an der politischen Verantwortung der CSU für das Debakel.

Sie hatte das Sagen in der Landesbank, und viele ihrer Minister haben als Verwaltungsräte zugehört, wie die LB Milliarden verzockt hat. Und als der ganze Zauber aufflog, ist die Öffentlichkeit bis zum Wahltag mit geschönten Informationen und mangelhaftem Krisenmanagement bedient worden.

Es gibt keine Gewähr dafür, dass der schwarz-gelbe Rettungsplan greift - womöglich gerät die LB ja noch tiefer in den Strudel der Finanzmarktkrise. Der Schaden für das ganze Land ist schon jetzt gewaltig. Ausgerechnet Bayern, der finanzpolitische Musterknabe, muss jetzt zehn Milliarden neue Schulden machen. Das Geld für die Zinsen wird über kurz oder lang anderswo fehlen, der Steuerzahler die Zeche begleichen müssen. Es müsste schon ein Wunder geschehen, wenn die Sanierung und Neuausrichtung der LB ohne nachhaltige Folgen für die Investitionskraft Bayerns gelingen sollte. Der Ertrag der Sparpolitik jedenfalls ist im Kasino des Wall-Street-Kapitalismus buchstäblich verspielt worden.

Die Warnungen der Opposition vor gestutzten Investitionsprogrammen und einem Abstieg Bayerns ins Mittelfeld der Bundesliga sind verfrüht. Bayern ist ein starkes Land, das für schlechtere Zeiten vorgesorgt und die Kraft hat, die Pleite der LB abzuwehren. Die Höhe des Preises, der dafür zu entrichten ist, ist zur Stunde nicht klar. Fällt er zu hoch aus, wird der Wähler bei nächstbestener Gelegenheit die CSU in die Mithaftung nehmen – „Neuanfang“ hin oder her.³

In einem Leitartikel zur Regierungserklärung Seehofers schrieb Walter Roller in der Augsburgers Allgemeinen:

Die Existenzkrise der Bayerischen Landesbank hängt wie ein Damoklesschwert über Bayern und der neuen Staatsregierung. Zehn Milliarden Euro muss die schwarz-gelbe Koalition in die Bank pumpen, um deren Zusammenbruch abzuwenden. Wenn es bei dieser Summe bleibt, dann ist der Kraftakt ohne wesentliche Abstriche an wichtigen landespolitischen Zukunftsprojekten zu schaffen. Wenn jedoch – was zur Stunde nicht auszuschließen ist – 20 oder gar 30 Milliarden Steuergelder vonnöten sein sollten, dann wird sogar das wirtschaftlich starke Bayern in Bedrängnis geraten.

Dann wäre nicht nur die Dividende der Stoiber'schen Sparpolitik vollends verspielt, sondern auch neue Schuldenmacherei in großem Stil unausweichlich. Und dann wäre vieles von dem, was der neue Ministerpräsident Seehofer in seiner Regierungserklärung angekündigt hat, Makulatur. Das Gelingen der Sanierungsoperation Landesbank wird daher in hohem Maße über das Schicksal der Koalition und speziell der CSU entscheiden, unter deren Augen die waghalsigen Finanzspekulationen passiert sind.

Im Augenblick kommt es für Seehofer darauf an, den versprochenen „Neuanfang“ glaubwürdig zu inszenieren und neuen Schwung in die Landespolitik zu bringen. Das ist ihm bisher weitgehend gelungen.

³ Augsburgers Allgemeine, 4.12.2008

Er hat sich im Fall der Landesbank zu den Fehlern der CSU bekannt und als Krisenmanager eine passable Figur abgegeben. Und er hat seine erste große Regierungserklärung dazu genutzt, um den Kurs der CSU nachhaltig zu korrigieren. Die Lektionen der Wahlniederlage und der heilsame Druck des Koalitionspartners FDP haben bewirkt, dass die lange sträflich vernachlässigte Bildungspolitik mit all ihren sozialpolitischen Facetten endlich ins Zentrum der Regierungsarbeit rückt. Auch auf anderen Feldern – wie der Förderung des ländlichen Raums oder dem faireren Umgang mit den Kommunen – versucht die Koalition nachzuholen, was in den Jahren Stoibers versäumt wurde. Seehofers Lob auf die bayerische, eben auch liberale Lebensart und sein Ruf nach „Teilhabe für alle“ lassen überdies vermuten, dass es künftig in Bayern eine Spur kommoder und gerechter zugehen soll. Das ist gut so.⁴

Die Augsburger Allgemeine prophezeite also damals im Jahr 2008, dass der Wähler die CSU erneut abstrafen werde, wenn der Preis für das Debakel der Landesbank zu hoch werde.

Die Frage ist vielleicht, *wann* der Preis zu zahlen ist. Vielleicht ist es der Landesregierung in der laufenden Legislaturperiode erneut gelungen, die Folgen des Landesbank-Desaster auf nach die Landtagswahlen zu vertagen. (Das wäre genauer zu prüfen). Jedenfalls, seitdem die Regierungskoalition in Bayern die Schulden für die Sanierung der Landesbank in Höhe von 10 Milliarden € in einen Sonderhaushalt geschoben haben, prahlt die Landesregierung wieder mit einem Haushalt ohne Neuverschuldung. Zinsen müssen aber trotzdem gezahlt werden. Irgendwie ist es der schwarz-gelben Regierung gelungen, auf Basis einer Konjunktur und höherer Steuereinnahmen den Schaden durch die Landesbank im aktuellen Haushalt zu kaschieren. Sollte sich die wirtschaftliche Lage wieder verschlechtern, die Steuereinnahmen zurückgehen und das Gewicht des Mühlsteins des Landesbank-Debakels wieder stärker zu spüren sein, hat sich die Staatsregierung voraussichtlich mit der Aufnahme der Schuldenbremse in die Verfassung abgesichert. Die Tilgung hat dann Vorrang und die Konsolidierung des Staatshaushalts geht sozusagen automatisch auf Kosten der Regionen, der Kommunen und der sozialen Absicherung in Bayern. Wenn die Staatsregierung dann erneut zu einem sozialen Kahlschlag ansetzt, kann sie sich auch noch auf die Verfassung berufen, die diese Maßnahmen quasi vorschreibe, um die Schuldenbremse zu exerzieren.

In den Umfragen ging es mit der CSU nach den Landtagswahlen 2008 noch weiter bergab. Bei Infratest Dimap stürzte die CSU 2010 bis auf 41 %, danach erholte sie sich bis heute auf 47 %. Bei Forsa dauerte der Niedergang der CSU noch ein Jahr länger an, sie landete 2011 auf 40 %, um sich danach bis auf 46 % zu erholen. Bei GMS ging es mit der CSU bis 2012 bergab, ihr Tiefpunkt lag damals bei 42 %. Bei Emnid ging es langsamer bergab mit der CSU, sie landete zweimal im Jahr 2011 und 2012 auf 44 %, liegt aber jetzt wieder bei 47 %.

Die spannende Frage, die vielleicht erst nach den Landtagswahlen befriedigend beantwortet werden kann, ist, *wie und inwieweit* es der CSU in der vergangenen Legislaturperiode zwischen 2003 und 2008 gelungen ist, wieder politischen Boden gut zu machen.

In einem zweiseitigen Bayern-Special mit dem Titel „Bayern steht Kopf. Die CSU stürzt bei den Wahlen ab. Die Alleinherrschaft endet. Beckstein und Huber müssen gehen. Die Landesbank verzockt sich. Der Rest ist Seehofer“ analysierte die Augsburger Allgemeine zum Jahresende 2008:

Der Transrapid – unbezahlbar. Beckstein und Huber – abgewählt. Der Mythos CSU – erst einmal erledigt.

Die Landesbank – ein Milliardengrab für Bayerns Steuerzahler.

Dabei hatte das Jahr für die CSU gar nicht so schlecht begonnen. Die lange Zeit der Krise unter Edmund Stoiber schien endlich überwunden. Die Klausurtagungen in Wildbad Kreuth im Januar gingen in selten erlebter Harmonie über die Bühne. Und Beckstein regierte mit einer ausgeklügelten Doppelstrategie. Offiziell galt die Devise: Wir hatten einen Personalwechsel, aber es gibt keinen Politikwechsel. Fast klammheimlich aber bemühte sich der Regierungschef darum, die schlimmsten Härten der Sparpolitik

⁴ Die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten: Seehofer und der bayerische Neuanfang, Augsburger Allgemeine 11.12.2008

Stoibers zu mildern und - mit reichlich sprudelnden Steuereinnahmen im Rücken - neue Impulse zu setzen: mehr Lehrer, Entlastungen am G8, mehr Investitionen in Infrastruktur und Wirtschaft sowie mehr Geld für Soziales und Kultur. ...

SPD und Grüne im Landtag ließen die maßgeblichen Herren aus der CSU und der Bank in einem Untersuchungsausschuss antreten. Huber wurde beschuldigt, gelogen zu haben. Bankchef Werner Schmidt musste gehen.

Zwischendurch hatte die CSU bei der Kommunalwahl im März zur Kenntnis nehmen müssen, dass ihre politische Vormachtstellung im Freistaat wackelt. Die SPD behauptete sich in vielen großen Städten (Ausnahme: Augsburg). In vielen Gemeinden und Kreisen zeigten die Freien Wähler ihre Stärke. Auch Grüne und FDP legten zu. ...

Die tiefere Wahrheit zur Lage und zur Strategie der CSU enthüllte der Kabarettist Django Asül beim Maibock-Anstich im Hofbräuhaus mit einem einzigen Satz: „Wir machen weiter wie mit Stoiber – nur eben ohne ihn.“

Einige Zeit lang sah es dann tatsächlich so aus, als könnte es die CSU noch einmal schaffen, ihre absolute Mehrheit im Landtag zu , verteidigen. Huber hatte sich mit der Forderung nach schnellen Steuerentlastungen („Mehr netto für alle“) auf der bundespolitischen Bühne zurückgemeldet. Ein Parteitag im Juli feierte Beckstein, als er verkündete, Bayern zum „Bildungsland Nummer eins“ zu machen und wirtschaftlich unter die fünf innovativsten Regionen der Welt zu führen. ...

Für die CSU folgten auf den Wahltag Chaos-Wochen: Huber und Beckstein mussten gehen. Stoiber wurde beim Parteitag mit Buhs abgefertigt. Seehofer übernahm nach heftigem internen Ringen das alleinige Regiment, bildete mit der FDP eine Koalitionsregierung und wechselte in seiner Partei die halbe Mannschaft aus.

Kaum aber waren die parteipolitischen Umwälzungen bewältigt, zeigte sich, dass sich auch von den Fundamentaldaten her die Welt grundlegend gewandelt hat: Das Milliardendebakel bei der Landesbank trifft den Freistaat in der allgemeinen Krise mit voller Wucht.

Das Milliarden-Debakel bei der BayernLB – eine schwere Hypothek für die Zukunft der Staatsfinanzen

Das Milliarden-Debakel bei der bayerischen Landesbank BayernLB wird die Steuerzahler im Freistaat auf Jahre hinaus belasten. Die Rettung der angeschlagenen Bank schlägt im Staatshaushalt unmittelbar mit zehn Milliarden Euro zusätzlicher Schulden zu Buche - das entspricht dem Gegenwert von 40000 Reihenhäusern à 250 000 Euro. Die Staatsverschuldung Bayerns erhöht sich mit einem Schlag von 22,6 auf 32,6 Milliarden Euro. Zum Vergleich: In der gesamten Amtszeit des früheren Ministerpräsidenten Edmund Stoiber (1993 bis 2007) stiegen die Staatsschulden um sieben Milliarden Euro.

Für die Rettung der Bayern LB wurde im Staatshaushalt ein eigenes Kapitel eingerichtet. Damit bleibt der eigentliche Haushalt rein formal ausgeglichen. Das bedeutet: Für die normale Staatstätigkeit müssen auch in den kommenden beiden Jahren keine neuen Schulden gemacht werden. Allerdings zehren Zinszahlungen für die zusätzlichen Kredite an der Substanz des staatlichen Vermögens. Rücklagen müssen stark angegriffen werden, gleichzeitig fehlen dem Staat und den Sparkassen Einnahmen aus den Geschäften der Bank. Das Versprechen der neuen CSU/FDP-Staatsregierung, in den Ausbau der Kinderbetreuung über die Bildung bis hin zu Forschung und Infrastruktur kräftig zu investieren, gilt somit bisher nur für den Doppelhaushalt 2009/10.

Wie es danach aussieht, weiß wegen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise niemand.⁵

Auch andere Dinge werden Seehofer bzw. der CSU nicht vergessen. Dazu zählt auch, was die CSU-Bundesminister_innen sich so alles leisteten im Laufe der Jahre. Und das sind keine Kleinigkeiten. So schrieb ein Leser aus Buttenwiesen damals:

⁵ Augsburgere Allgemeine, 27.12.2008

Herr Ministerpräsident Seehofer will die Autoindustrie retten, um Arbeitsplätze zu sichern. Gut so! Wo war unser Landwirtschaftsminister Seehofer, als während seiner Amtszeit als Bundesminister jährlich ca. 18 000 Bauernhöfe aufgegeben werden mussten? In den drei Jahren seiner Amtszeit waren es 55 000 Bauernhöfe mit 75 000 Beschäftigten.

Seine agrarpolitische Bilanz ist katastrophal. Hoffentlich sind seine Leistungen als bayerischer Ministerpräsident besser.⁶

Mit der Hypo Alpe Adria kam ein neuer Alptraum für die BayernLB hinzu

Das Landesbank-Desaster, das Ende 2008 aufflog, war nicht die letzte wirtschafts- und finanzpolitische Katastrophe, die die bayerische Staatsregierung selbst heraufbeschwor und weitgehend selbst zu verantworten hatte bzw. hat. Kaum zu glauben, dass man auf das Fiasko von 2008/2009 noch etwas draufsatteln konnte. Aber den Spitzenbeamten, Ministern der bayerischen Staatsregierung und ihren befreundeten Managern und Kapitalisten gelang dieses Kunststück, als sie 2007 über die Bayerische Landesbank die österreichische Hypo Group Alpe Adria (HGAA) erwarben.

Fangen wir von hinten, d.h. heute, an. Die Überschrift in der aktuellen Ausgabe des Managermagazins „HGAA-Alptraum nimmt für BayernLB kein Ende“ bedeutet nichts Gutes für die Staatsregierung und für Seehofer:

Auch das noch. Nach Amigo-Affäre und Hochwasser soll Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer nun auch im Schadenersatzprozess seiner BayernLB gegen die ehemalige Tochter Hypo Group Alpe Adria (HGAA) im Herbst in München als Zeuge aussagen. Kein angenehmes Thema.

Die BayernLB – und damit der bayerische Steuerzahler – haben im Zuge ihres Gastspiels in Österreich bereits 3,7 Milliarden Euro verloren. Weitere 3 Milliarden Euro könnten womöglich folgen. Die hatte die BayernLB der früheren Tochter als Notkredit gewährt, den die heutige Staatsbank HGAA aber nicht mehr zurückzahlen will. Begründung: Die Milliarden seien kein Darlehen gewesen, sondern Eigenkapital.

Nun soll also auch Seehofer gehört werden. Seine Aussage soll dem Handelsgericht Wien unter anderem Aufklärung zur Frage bringen, ob die Landesbank bei der Rückgabe der Hypo Alpe Adria an die Republik Österreich einen Verzicht auf Schadenersatzansprüche erklärt habe.⁷

Und aus der aktuellen Ausgabe des Spiegel geht hervor:

Die österreichische Bank Hypo Group Alpe Adria (HGAA) verklagt ihr ehemaliges Mutterunternehmen, die Bayerische Landesbank (BayernLB), auf Rückzahlung von rund 710 Millionen Euro.

Bei dem Streit geht es um die Rückzahlung von Milliardensummen, die die BayernLB der HGAA überwiesen hatte, als diese noch ihr gehörte. Die BayernLB hatte das Kärntner Institut im Jahr 2007 übernommen und nach schweren Verlusten in den folgenden zwei Jahren zum symbolischen Preis von einem Euro an den österreichischen Staat weiterverkauft.⁸

Es sind gigantische Summen, um die es da geht und es sind immer neue Millionen- und Milliardenbeträge, die sich da auftun. Man sollte sich nicht täuschen lassen durch die vorgetäuschte Unerschütterlichkeit und den gespielten Optimismus der CSU-Spitze. Ein Wirklichkeit ist es eine echte Gratwanderung für die Staatsregierung und die CSU. Sie müssen bangen, dass nicht mehr passiert vor den Landtagswahlen 2013. Im Grunde ist die Verwandtenaffäre, so widerlich sie ist, ein Klacks dagegen.

„Dabei hatten die Christsozialen seit Jahrzehnten in jedem Bierzelt betont, dass die SPD und andere Sozialisten nicht mit Geld umgehen könnten. Nun ist die CSU, die von Glück sagen kann, dass sie die Landtagswahl schon

⁶ Augsburgsberger Allgemeine, 6.12.2008

⁷ „Hypo Alpe Adria: Bayern LB gegen die Republik Österreich - manager magazin“, manager magazin, 23-Aug-2013. [Online]. Verfügbar unter: <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/banken/hypo-alpe-adria-bayern-lb-gegen-die-republik-oesterreich-a-917993.html>. [Zugegriffen: 25-Aug-2013].

⁸ „Debakel für Bayerische Landesbank: Hypo Alpe Adria verklagt BayernLB“, Spiegel Online, 23-Aug-2013. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/debakel-fuer-bayerische-landesbank-hypo-alpe-adria-verklagt-bayernlb-a-918333.html>

hinter sich gebracht hat, fast nur mit Selbstverteidigung beschäftigt.“⁹ – Dies schrieb die FAZ im Dezember 2009, also ein gutes Jahr nach der Landtagswahl 2008, und es kann durchaus sein, dass etwas ähnliches auch nach der Landtagswahl 2013 geschrieben werden muss.

In weiteren Folgen wollen wir dem Thema nachgehen: Mit welchen Strategien versucht(e) die CSU, die politischen und finanziellen Folgen des Landesbank-Desaster klein zu halten?

Peter Feininger

wird fortgesetzt

Die ganze Artikelserie findet sich auf unserer Themenseite zur Landespolitik

http://www.forumaugsburg.de/s_5region/Landespolitik/index.htm

⁹ FAZ.NET schrieb im Dezember 2009 im gleichen Artikel: In Kenntnis ihres Ausgangs erscheint die Geschichte als ein Lehrstück über die Folgen menschlicher Hybris. Am Wochenbeginn wurde bekannt, dass die Bayerische Landesbank die Hypo Group Alpe Adria (HGAA) zu einem Preis von einem Euro an die Republik Österreich abgetreten hat, womit dieses zweieinhalbjährige Experiment der Münchner Staatsbank mit Verlusten von 3,7 Milliarden Euro Steuergeld beendet ist. Noch vor zweieinhalb Jahren, am 22. Mai 2007, feierte nicht nur die Landesbank, sondern auch die Zeitungskommentatoren den Zukauf als Erfolg und „Lichtblick“. Rückblickend wirken ihre Aussagen, als seien die Beteiligten von Sinnen gewesen. Kärntens mittlerweile bei einem Autounfall ums Leben gekommener damaliger Landeshauptmann Jörg Haider, der den Verkaufspreis der HGAA in Verhandlungen mit den bayerischen Politikern Beckstein und Faltlhauser nach oben getrieben hatte, sagte anschließend süffisant, mit der Alpe Adria sei es eben wie mit einem teuren Auto: „Wenn es gefällt, dann bezahlt man auch gern noch ein paar Extras.“ ... „Banken: Hybris Alpe Adria - Unternehmen - Wirtschaft - FAZ.NET“, 21-Dez-2009. [Online]. Verfügbar unter: http://www.faz.net/s/RubD16E1F55D21144C4AE3F9DDF52B6E1D9/Doc~ED8AEAA6D0A55451BBA8D4B7B30013264~ATpl~Ecommon~Scontent.html?rss_googlenews. [Zugegriffen: 01-Jan-2010].